

Wahlordnung nicht genehmigt S. 11

Wahlen zum Studentenparlament der TH am 6. Juni möglich?

(HB) - Am 6. Juni soll es an der Technischen Hochschule Darmstadt zu Neuwahlen des Studentenparlamentes kommen. Dieser Termin wurde am Donnerstagabend im alten Hauptgebäude der TH von der Mehrheit der Parlamentarier der Studentenschaft festgelegt. Interessant dazu, daß zu einer bisher vom Kultusministerium nicht akzeptierten Satzung ein Ergänzungsantrag zur Wahlordnung ausgearbeitet und auch von der Mehrheit der Parlamentarier verabschiedet wurde.

Wolfgang Reinert vom AStA warf TH-Präsident Böhme vor, die vom Stu-

dentenparlament im Dezember 1972 verabschiedete Wahlordnung nicht beachtet zu haben. Bei der Rückmeldung hätte sich nach der damals verabschiedeten Wahlordnung jeder Student die Fachschaft für die Wahl aussuchen müssen und darüber eine Erklärung abgeben sollen.

Nach dem verabschiedeten Vorschlag des Referenten für Hochschulpolitik des AStA, Wolfgang Reinert, soll jetzt ab Donnerstag (17.) bis Mittwoch (23.) in den einzelnen Fachbereichen ein Wählerverzeichnis offengelegt werden. Die Kandidatenliste in den einzelnen Fachbereichen wird am Montag (21.) bis Freitag (25.) geöffnet sein. Die Kandidaten werden ab Dienstag (29.) bekanntgegeben. Zu diesem Wahlvorschlag hat jetzt noch TH-Präsident Böhme eine zweiwöchige Einspruchsfrist. Gewählt werden soll nach der vom Kultusministerium nicht genehmigten Wahlordnung in Vollversammlungen der einzelnen Fachbereiche. Briefwahl ist möglich.

Zusammen mit dem griechischen Studentenverein legte der Marxistische Studentenbund „Spartakus“ einen Antrag zur Solidarität mit der griechischen Bevölkerung vor. In diesem Antrag werden alle Studenten aufgerufen, sich an Solidaritätsbewegungen für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie für das griechische Volk zu beteiligen. Der Antrag wurde angenommen. Ebenso eine Resolution des „Spartakus“ für die Wiedereinstellung der beiden Dietzenbacher Lehrer Kartarski und Bayerle. In der gleichen Resolution wurde für die Weiterbeschäftigung der fünf Mercklehrlinge votiert und gegen das KPD-Verbot protestiert. Bei überwiegender Enthaltung wurde der Antrag mit sieben Stimmen akzeptiert.